

**Für ein geeintes, wirtschaftlich starkes
und solidarisches Europa**



Manifest

**des Bundes der Sozialdemokratischen
Parteien der Europäischen Gemeinschaft**

Brüssel, den 10. Februar 1989

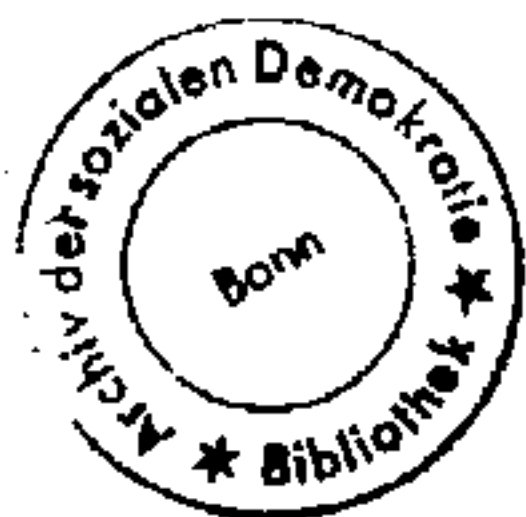
MANIFEST

**Verabschiedet
auf dem XVI. Kongress des Bundes
der Sozialdemokratischen Parteien der
Europäischen Gemeinschaft**

Brüssel, 10. Februar 1989

Index

Wir wollen ein geeintes Europa	5
Wir wollen ein wirtschaftlich starkes Europa	9
Wir wollen ein solidarisches Europa	19
Wir wollen ein bewohnbares Europa	27
Wir wollen ein demokratisches Europa	31
Europa hat eine aktive Rolle in der Welt zu spielen	35
Vorbehalte gegen das Programm für 1989	48



A89-3650

1992 ist ein entscheidendes Datum für die Bürger Europas. Der Termin fällt in die Mitte der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments, das wir wählen werden. Wir können mit unserer Beteiligung die Entscheidung über die Gestaltung des zukünftigen Europas an führender Stelle mitbestimmen.

Wir wollen ein geeintes Europa. Wir wollen ein Europa, das solidarisch, demokratisch und weltoffen ist und in dem es sich zu leben lohnt.

Der Horizont 92 bedeutet die Verwirklichung einer Gemeinschaft ohne Grenzen mit freiem Verkehr für Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Wir müssen entscheiden, wie Europa aussehen soll: mehr Freiheit nur für die Wirtschaft oder auch mehr Beschäftigung und sozialer Fortschritt; ein Land, in dem man leben kann oder ein Land, in dem die Natur unwiederbringlich zerstört ist. Die Sozialdemokraten der Gemeinschaft sind davon überzeugt, daß es ein Schritt zur Verwirklichung einer Gesellschaft mit mehr Freiheit, mehr Wohlstand und mehr Gerechtigkeit für alle sein muß.

Wir wollen ein geeintes Europa

weil wir davon überzeugt sind, daß die frei gewählte Union unserer Völker die Voraussetzung für ein Leben in Frieden und Wohlstand in der heutigen Welt ist. Die Geschichte hat dafür den Beweis geliefert: unsere Völker haben durch die Entscheidung, ihr Schicksal unter Wahrung ihrer Vielfalt gemeinsam in die Hand zu nehmen, eine bis dahin nie gekannte Epoche des Friedens und der Zusammenarbeit erlebt.

Kein Land in Europa kann den Herausforderungen unserer Epoche allein begegnen. Durch die europäische Zusammenarbeit aber kann der Frieden gesichert, sozialer Fortschritt erreicht und die Umwelt geschützt werden.

Auch nach 200 Jahren haben die Ideale der Revolutionäre von 1789 — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Für uns ist es kein utopisches, altmodisches Ideal, die Freiheitsräume der Menschen zu erweitern, soziale Gerechtigkeit herzustellen und Chancengleichheit zu sichern.

Unser Kampf für die Menschenrechte, für die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit und für Chancengleichheit hat dazu beigetragen, daß die Mehrzahl der Bürger der Euro-

päischen Gemeinschaft in einer Gesellschaft lebt, in der Freiheit, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und eine höhere Lebensqualität weitgehend verwirklicht sind. Dennoch leben von den 320 Millionen Einwohnern 44 Millionen in Armut. Die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und die Bekämpfung der Armut sind jedoch durch die Politik der Rechten bedroht. Die Vollendung des Binnenmarktes eröffnet neue Möglichkeiten und wirft neue Probleme auf. 1992 wird nur dann im Interesse aller Bürger der EG sein, wenn die Integration nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen Aspekte umfaßt. Wir können keinen Binnenmarkt akzeptieren, in dem die demokratische Kontrolle und die soziale Dimension vernachlässigt würden.

Deshalb ist eine aktive Sozialpolitik der Gemeinschaft erforderlich, die gleichrangig mit der Wirtschafts- und Agrarpolitik verfolgt werden muß. Für uns Sozialdemokraten soll Europa allen seinen Bürgern und Bürgerinnen, ob sie nun im Erwerbsleben stehen oder bereits im Rentenalter sind, soziale Sicherheit, Beschäftigung sowie akzeptable Arbeits- und Lebensbedingungen garantieren.

Wir haben die Aufgabe, ein umfassendes Programm für eine harmonische Entwicklung zu entwerfen, die folgende Aspekte umfaßt:

- die Vollendung des **Binnenmarktes** mit einer kooperativen, selektiven Wachstumsstrategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen, verbunden mit der Wirtschafts- und Währungsunion;
- den **wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt** in doppelter Hinsicht:
 - **Solidarität** zwischen den **Staaten und Regionen** der Gemeinschaft durch Angleichung des Entwicklungsstandes,
 - **Sozialraum Europa** auf der Grundlage hoher sozialer Standards, des Dialogs zwischen den Sozialpartnern, eines funktionierenden Gesundheits- und Sozialversi-

cherungswesens und der Gewinnverteilung an alle, insbesondere an die Bedürftigen.

- **Umweltschutz** im europäischen Rahmen, der mit einer ausgewogenen Entwicklung unserer Gesellschaften in technologischer und wissenschaftlicher Hinsicht Hand in Hand gehen muß.
- den **demokratischen Aufbau** Europas. Die Gemeinschaft orientiert sich an den demokratischen Grundsätzen und setzt sich aus zwölf Staaten, die parlamentarische Demokratien sind, zusammen. Deshalb muß auf institutioneller Ebene ein Schritt nach vorn getan werden, um das **Europa der Bürger** auch wirklich zu schaffen.

Wir wollen in Europa eine Zone des Ausgleichs und der Sicherheitspartnerschaft aufbauen. Gegenseitige Bindungen und Vertrauen sind dabei die stärksten Trümpfe.

Für die Sozialdemokraten ist das **Europa der Bürger**, in dem wir alle als Europäer im Rahmen demokratischer Institutionen das Stimmrecht besitzen, der Schlüsselbegriff für das Europa, das wir aufbauen wollen.

Je wichtiger Europa wird, desto stärker muß das Europäische Parlament sein. Die Einigung Europas ist nicht nur Sache der Regierungen und der Experten, sie muß auch Sache der Bürger Europas sein.

(*) Die britische Labour-Party ist mit diesem Artikel nicht einverstanden.

Wir wollen ein wirtschaftlich starkes Europa

dessen Wirtschafts- und Finanzkraft ausreicht, um das Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das für die Erzielung von Vollbeschäftigung und sozialer Absicherung erforderlich ist. Wir benötigen ein selektives Wirtschaftswachstum mit folgenden vorrangigen Zielen: Vollbeschäftigung, wirtschaftlicher Zusammenhalt, soziale Sicherheit, Umweltschutz und Solidarität mit der Dritten Welt.

Eine Europäische Gemeinschaft mit einer selektiven und kooperativen Wachstumsstrategie kann im kommenden Jahrzehnt eine der dynamischsten Regionen der Weltwirtschaft werden, ein Schwerpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit, der aktiv dazu beitragen kann, den Welthandel zu stabilisieren und damit das Auf und Ab zu unterbinden, das weltweit aufgrund der aktuellen Instabilität der Kapitalmärkte und der finanzpolitischen Entscheidungen herrscht.

Wir würden damit auch die industriellen und technologischen Fortschritte erzielen, die erforderlich sind, um den Herausforderungen der USA, Japans und der neuen Industrieländer zu begegnen.

Gleichzeitig werden wir in entscheidender Weise zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit dem Ziel eines

stärkeren Wachstums der Entwicklungsländer und der Bereinigung der Verschuldungskrise beitragen.

Wir schlagen eine Politik vor, die

koordiniert ist, mit einem Wachstumspotential, das größer ist als die Summe der Wachstumspotentiale der einzelnen Länder, so daß die gewinnbringenden Effekte aus der Öffnung der Grenzen gekürzt werden. Zu diesem Zweck ist es nötig, die Gemeinschaftsinstitutionen zu fördern, so daß sie in der Lage sind, eine Wachstumspolitik zu gewährleisten. Insbesondere beim Einsatz des Instrumentariums der Industriepolitik, der Forschungs- und Technologiepolitik, der Verkehrspolitik sowie der Finanz- und Währungspolitik muß nach mehr Konvergenz gestrebt werden;

diversifiziert ist, um den unterschiedlichen Bewegungsspielraum zu nutzen. Der positive Effekt der Erweiterung allein reicht nicht aus. In den Ländern mit hoher Wirtschaftskraft sollte eine ausgewogene und realistische Wachstumspolitik betrieben werden, um Arbeitsplätze und Wohlstand für alle zu schaffen, und der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt gefördert werden;

selektiv ist, denn Wachstum allein wird nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Arbeitslosigkeit ist ein allgemeines Problem, wenn auch mit nationalen und regionalen Unterschieden. Sie muß deshalb durch gezielte und qualitative Maßnahmen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Faktoren und Situationen bekämpft werden.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen bleibt eines unserer Hauptziele. Wir müssen eine aktive Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Die Gemeinschaft muß in einer Zeit, in der Reichtum zunimmt, auch den über 16 Millionen Bürgern ohne Arbeit das Recht auf Arbeit gewährleisten. Gleichberechtigung und Chancengleichheit in bezug auf

Arbeit muß für alle gelten, für Männer, für Frauen, für junge Menschen.

Angesichts der Bedeutung der Qualität des allgemeinbildenden Schulwesens für die Persönlichkeitsentwicklung, aber auch für die Qualität der künftigen Arbeitsbeziehungen ist es gerechtfertigt, nach einem möglichst hohen Schulabschluß zu streben. Denn von der Arbeitslosigkeit betroffen sind heute in erster Linie Menschen mit unzulänglichem Bildungs- und Schulniveau. Wir unterstützen daher folgende Initiativen:

- Eines der Hauptziele besteht darin, die Unternehmen, besonders die aus dem Bereich der Zukunftstechnologien, an den Ausbildungsplänen für Jugendliche und Frauen mit zu beteiligen. Die Europäische Gemeinschaft muß in Übereinstimmung mit den Sozialpartnern Pläne zur Verlängerung der beruflichen Ausbildung in den Betrieben fördern und so dazu beitragen, die Schranken, die den Jugendlichen und Frauen den Zugang zur Arbeitswelt versperren, zu durchbrechen.
- Alle Jugendlichen und Frauen in der EG müssen eine berufliche Ausbildung erhalten. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten müssen ihre gemeinsamen Anstrengungen auf die Erhaltung und Verstärkung der Austauschprogramme für junge Arbeitnehmer und Studenten ausrichten, wobei Chancengleichheit der jungen Frauen und Männer zu gewährleisten ist.
- In Ergänzung der industriellen Zusammenarbeit innerhalb der EG muß eine engere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten der Mitgliedstaaten erreicht werden. Mit der Verstärkung der Beziehungen zwischen den Universitäten eröffnen sich Möglichkeiten, die systematisch genutzt werden müssen.
- Im Bereich höherer Bildung muß die Förderung der Universitäten den gleichen Rang erhalten wie die der Industrie. Bis Mitte der 90er Jahre wollen wir erreichen, daß je-

der zehnte Student wenigstens ein Jahr lang in einem anderen Mitgliedsland studieren kann.

Die Entwicklung des einheitlichen Binnenmarktes wird den gegenwärtigen Prozeß der industriellen Reorganisation in Europa noch verstärken. Bereits heute erkennen die europäischen Unternehmen die Notwendigkeit, durch Fusionen und Unternehmensbeteiligungen über die Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Angesichts dieser Tatsache ist es erforderlich, wohlgedachte Wettbewerbsbedingungen und eine Industriepolitik zu entwickeln, um die mit der Konzentration und Zentralisierung im Produktions- und Dienstleistungssektor verbundenen Probleme zu mildern. Wir brauchen daher eine neue Industrie- und Regionalpolitik, aber auch die bestehenden Politiken müssen in beträchtlichem Maße verstärkt werden, damit sich das Wirtschaftswachstum über die ganze Gemeinschaft gerecht verteilt und das Jahr 1992 allen Bürgern Europas Nutzen bringt.

Die Realisierung des Binnenmarktes erfordert sektorielle und regionale Umstrukturierungen. Eine gemeinsame Industriepolitik, sowohl in den Zukunftsbranchen und der Spitzentechnologie als auch in den traditionellen Sektoren zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, ist deshalb unerlässlich. Damit Europa ohne Grenzen eine Realität wird, muß ein europäisches Infrastrukturprogramm für ein Verkehrssystem mit Vorrang für den öffentlichen Verkehr sowie ein modernes Kommunikationssystem aufgelegt werden.

Die beste Antwort ist, den wertvollsten Ressourcen, das heißt der menschlichen Leistungskraft, Vorrang einzuräumen. Dies erfordert eine Ausweitung des Sozialfonds zur Förderung der Berufsbildung, die Bündelung der Erfahrungen in bezug auf Fort- und Weiterbildung und die Wahrung eines hohen Qualitätsstandards.

Die wissenschaftliche und technologische Forschung ist von ganz wesentlicher Bedeutung. Neben den von anderen

Organisationen wie den Forschungszentren oder von den Regierungen geförderten Initiativen ist die Realisierung des mehrjährigen Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (sowie der Programme ERASMUS und COMETT), die eine Konzertierung der bis dahin unkoordinierten Bemühungen bewirkten, nach unserer Auffassung ein wichtiges Instrument für Europa, um sich in den Spitzen-sektoren der Wirtschaft zu behaupten.

Die sinnvolle Umverteilung von Arbeit kann ebenfalls zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Bei der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der 35-Stunden-Woche und der Gestaltung der Arbeitszeit, die Gegenstand von Verhandlungen sein sollten, müßten die Produktivitätssteigerungen in den Betrieben berücksichtigt werden.

Ebenso ist die vernünftige Nutzung der nicht erneuerbaren natürlichen Lebensgrundlagen ein weiterer Faktor, durch den Arbeitsplätze geschaffen und höhere Lebensqualität erzeugt werden können.

Neben den öffentlichen Investitionsanstrengungen, die zur Steigerung des Arbeitsplatzpotentials unentbehrlich sind, kommt den Unternehmen, die innerhalb eines integrierten europäischen Marktes in immer stärkerem Maße grenzüberschreitend tätig sind, eine wichtige Bedeutung zu. Die Arbeitnehmer müssen jedoch durch entsprechende Information und Beteiligung an den Entscheidungen im Rahmen der bestehenden Modelle, Traditionen und Errungenschaften am Entstehen der Entwicklungsstrategien der Unternehmen umfassend mitwirken können. Wir Sozialdemokraten glauben, daß die kleinen und mittleren Unternehmen und der Genossenschaftssektor besonders im Hinblick auf den Arbeitsmarkt wirtschaftlich und sozial stabilisierend wirken können.

Die Instabilität des internationalen Währungsmarktes als Folge unausgeglichener Zahlungsbilanzen und spekulations-

bedingter Schwankungen bei den Kapitalbewegungen bremsst das Wirtschaftswachstum und behindert somit eine Zunahme der Produktivinvestitionen. Eine bessere internationale Zusammenarbeit zur Errichtung eines stabileren internationalen Währungssystems auf der Grundlage verantwortungsbewußter Wirtschafts- und Währungspolitik ist daher von entscheidender Bedeutung.

In den vergangenen zehn Jahren ist das Europäische Währungssystem, wenn auch nur teilweise, zum Ausdruck des europäischen währungspolitischen Zusammenhalts geworden. Zur Verbesserung seiner Arbeitsweise und Stärkung seiner Kohärenz sollte es umgestaltet werden. Angesichts ihrer Handelskraft und des kommenden einheitlichen Binnenmarktes darf die Europäische Gemeinschaft ihre Wirtschaft und ihre Sozialpolitik nicht den Kursschwankungen von Drittwährungen wie dem Yen oder dem Dollar unterwerfen. Auch hier müssen die europäischen Interessen der Bürger Europas Vorrang haben.

Es wäre sehr sinnvoll, den europäischen währungspolitischen Zusammenhalt durch die Einführung einer Konsultationspflicht zwischen den Währungsbehörden zu stärken, um die einzelstaatlichen Interventionsmaßnahmen und die Währungspolitiken sowohl im Hinblick auf die Wechselkurse als auch im Hinblick auf die Errichtung eines stabileren und ausgewogeneren neuen internationalen Währungssystems zu koordinieren.

Das Europäische Währungssystem ist ein Mittel zur Erlangung einer europäischen Währungsidentität zur Verteidigung der Interessen der europäischen Bürger und der Schaffung der Voraussetzungen für ein ausgewogeneres Wirtschaftswachstum. Das EWS darf kein Selbstzweck sein, es ist vielmehr ein Instrument für mehr Stabilität der Wechselkurse. Gleichzeitig soll es die Einführung einer nicht inflationären wirtschaftlichen Expansionspolitik ermöglichen.

Das Ziel des EWS könnte durch die Integration der dem Wechselkurssystem noch nicht angeschlossenen europäischen Währungen erreicht werden. Dabei müßten aber die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen jedes Landes berücksichtigt und begleitende Maßnahmen zur Verhinderung von schweren Störungen der Finanz- und Kapitalmärkte ergriffen werden.

Jede auf das Ziel der Schaffung eines Europäischen Währungsfonds gerichtete Stärkung des monetären Zusammenhalts in der Europäischen Gemeinschaft kann nur bei einer verbesserten demokratischen Kontrolle der Währungspolitik erfolgen, damit u.a. eine Anarchie auf dem integrierten europäischen Kapitalmarkt vermieden wird.

Eine Integration der Kapitalmärkte setzt aber voraus, daß sich die Gemeinschaft wenigstens ein kohärentes System von Regeln und Informationsverfahren gibt, damit die Transparenz der Transaktionen und die Kontrolle der Art der Erwerbungen von Unternehmensaktien (bei Handels-, Finanz- und Industrieunternehmen) sichergestellt wird. Nur so können die legitimen Interessen der Arbeitnehmer und Sparer geschützt und die Übereinstimmung der dabei verfolgten Ziele mit den politischen und sozialen Grundsatzentscheidungen gewährleistet werden.

Die Integration der Kapitalmärkte muß auf wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, insbesondere durch optimale Finanzierung und niedrigere Investitionskosten, abzielen.

Gegen Steuerbetrug und Steuerflucht sollten gemeinsame Maßnahmen ergriffen werden.

Es sollte nicht zu einer Situation kommen, wo nur die Einkommen aus Erwerbsarbeit besteuert werden.

(*) Vorbehalt der POSL (Luxembourg): Der freie Kapitalverkehr ist in einigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bereits verwirklicht worden und führt nach deren Ansicht weder zu Steuerhinterziehung noch zu Steuerflucht. Artikel 67 des EWG-Vertrags sieht die schrittweise Beseitigung aller Beschränkungen des Kapitalverkehrs ohne jegliche Vorbedingung vor.

Im Bereich der Landwirtschaft müssen die mit der Einführung eines Systems von Stabilisatoren und sozio-strukturellen Maßnahmen eingeleiteten Reformen fortgesetzt werden. Auf diese Weise können unerwünschte Überschußproduktionen verhindert und die Kleinbauern, besonders in den benachteiligten Regionen, geschützt werden. Der Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Umwelt muß stärker in den Vordergrund gerückt werden. Eine umweltschonende Nahrungsmittelproduktion muß gefördert werden. Für die Produktion, die Verarbeitung und die Vermarktung von Nahrungsmitteln müssen strengere Maßstäbe gelten, und zwar sowohl um sicherzustellen, daß die Nahrungsmittel nicht mit Chemikalien belastet sind, als auch zum Schutz der Verbraucher und der Natur. Saubere Luft, sauberes Wasser und saubere Böden sind lebenswichtig und müssen daher Vorrang vor allem anderen haben. Die Landwirtschaft soll nicht nur der Erzeugung von Nahrungsmitteln, sondern auch dem Landschaftsschutz und der Landschaftspflege dienen.

Daneben bietet die Umstellung auf eine Förderung von Wiederaufforstungs-Programmen eine Alternative, die für die Kleinbauern in den benachteiligten Regionen eine zusätzliche Einnahmequelle darstellen kann und die Umwelt weniger belastet.

Es liegt im Interesse aller Europäer, die ländlichen Gemeinschaften zu stärken und zu bewahren. Die Aufstockung der Strukturfonds ermöglicht dank der integrierten Entwicklungsprogramme die Förderung des ländlichen Raums. In vielen benachteiligten Regionen muß der Lebensstandard verbessert werden. Dazu müssen die Dienstleistungen und die Infrastruktur ausgebaut und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, darunter auch Teilzeitarbeitsplätze für Kleinbauern und deren Familienangehörige, die durch die Hof- und Feldarbeit nicht mehr ausgelastet sind.

Auf den Weltagrarmärkten muß im Rahmen der GATT-Verhandlungen das Gleichgewicht durch Produktions- und

Handelsabkommen unter Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer wiederhergestellt werden.

Die Fischerei ist eine Wirtschaftsbranche mit einer hohen Zahl von Beschäftigten und erwirtschaftet durch Industrialisierung und Vermarktung einen hohen Mehrwert. Für die unmittelbare Zukunft besteht die Aufgabe in der Erhaltung, der Modernisierung und im Ausbau dieses Sektors, gleichzeitig müssen aber die Fischbestände geschützt und das ökologische Gleichgewicht gewahrt werden.

Die soziale Verantwortung für den Fischereisektor muß sich in Reformen konkretisieren, um die Arbeitnehmer auf See den anderen Arbeitnehmern gleichzustellen.

Die Inselregionen an der Peripherie der Gemeinschaft sind mit besonderen Problemen konfrontiert, für die differenzierte Lösungen notwendig sind.

Der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft darf kein negativer Integrationsprozeß sein, in dem alle Regeln systematisch zerstört werden, wie dies die Verfechter der Deregulierung propagieren.

Der Aufbau Europas muß eine gemeinsame konstruktive Aufgabe sein.

Wir wollen ein solidarisches Europa,

das aus einem gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum besteht und mehr ist als nur eine Freihandelszone. Daher sind wir der Auffassung, daß die Entwicklung des Binnenmarktes Hand in Hand gehen muß mit einer aktiven Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts.

In der Zwölfer-Gemeinschaft bestehen riesige Unterschiede in der Entwicklung und in den Lebensbedingungen. Mehr als 60 Millionen Europäer leben in Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das um 25% oder mehr unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt. Ebenso muß man berücksichtigen, daß der Prozeß der Schaffung des Binnenmarktes keine gleichmäßige Verteilung der Gewinne über ganz Europa nach sich zieht. Wir erleben umfangreiche Prozesse der industriellen Umstrukturierung und regionalen Umverteilungen, die noch anhalten werden und bei denen es Gewinner und an den Rand Gedrängte geben wird, wenn nicht Kompensationsmaßnahmen getroffen werden.

Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt fand seinen ersten konkreten Ausdruck in der Solidarität zwischen den Regionen. Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß

die Verdopplung der Strukturfonds für 1993 einen Minimalkompromiß darstellt, der in die Realität umgesetzt werden muß. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, auf allen Ebenen koordiniert zu arbeiten — lokal, regional, einzelstaatlich und EG-weit — damit integrierte Gemeinschaftsprogramme entwickelt werden.

Für eine wirksame Regionalpolitik ist mehr als eine Haushaltsaufstockung erforderlich. Es bedarf des politischen Willens zum Strukturwandel und der Integration der regionalen Kriterien in alle Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ohne die Verwirklichung einer Regionalpolitik droht der gemeinschaftliche Integrationsprozeß ins Stocken zu geraten.

Wir müssen unsere Anstrengungen vorrangig auf die Entwicklung der am stärksten benachteiligten Regionen konzentrieren, die unter Punkt 1, 2 und 5 der Rahmenverordnung für die Strukturfonds genannt sind (strukturschwache Regionen, Regionen im industriellen Niedergang, Strukturentwicklung und Entwicklung der ländlichen Gebiete), ohne dabei jedoch die Punkte 3 und 4 — Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit, berufliche Ausbildung und Eingliederung Jugendlicher und Frauen — zu vernachlässigen.

Das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gilt jedoch nicht nur für die Politik des regionalen Ausgleichs. Es sollte die Richtschnur für jede Art von Politik der Gemeinschaft sein.

Zusammenhalt erschöpft sich nicht im Prinzip der Solidarität, sondern erfordert darüberhinaus

- Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, Harmonisierung der Sozialpolitiken im fortschrittlichen Sinne sowie Harmonisierung der Steuerpolitiken in dem Maße, wie der Binnenmarkt dies erfordert und ohne daß dadurch die staatlichen Einnahmen eingeschränkt würden,
- Annahme von einheitlichen Industrienormen, damit ein einheitlicher Markt besonders für Erzeugnisse der Spit-

zentechnologie entsteht, deren Entwicklung durch die Zersplitterung des europäischen Marktes aufgehalten wurde,

- Berücksichtigung der unterschiedlichen Produktionskapazitäten, Produktionsbedingungen und Agrarprodukte bei der Anwendung der gemeinsamen Agrarpolitik,
- gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Umwelt, wobei die besonderen Probleme jedes Landes berücksichtigt werden müssen.

So wie es in jedem einzelnen Land gegenüber den verschiedenen Regionen geschieht, muß bei allen Gemeinschaftspolitiken zur Sicherung des Zusammenhalts ein Maß an Kohärenz bestehen, damit alle Arten von Ungleichheiten berücksichtigt und eine Annäherung des Entwicklungsstandes erreicht wird.*

Der Aufbau Europas darf sich aber nicht nur auf die wirtschaftliche und soziale Dimension beschränken. Wir unterstützen daher die sowohl von der Kommission und dem Europäischen Parlament als auch vom Europarat im kulturellen Bereich ergriffenen Initiativen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Politik in bezug auf das hochauflösende Fernsehen und die Fernsehnetze wie auch die Schaffung eines Europäischen Rats für Fernsehen und audiovisuelle Produktion sind wichtige Schritte auf diesem Weg.

Wir wollen die Qualität von Programmen und Sendungen verbessern und die Informations- und Meinungsfreiheit als wesentliches demokratisches Recht gemeinschaftsweit gewährleisten.

Der Reichtum Europas liegt sowohl in seiner kulturellen Vielfalt als auch in seinem universellen Anspruch, beides gilt es

(*) Die britische Labour-Party erkennt die steuerliche Harmonisierung nicht als eine notwendige Etappe auf dem Weg zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes an und lehnt jedes Hindernis ab, das der Fortsetzung der Mehrwertsteuerbefreiung für Grundbedarfgüter und Dienstleistungen entgegensteht.

zu bewahren und zu entwickeln. Daher müssen auch die Sprache und Kultur von Minderheiten geschützt und diesen der Zugang zu den Medien erleichtert werden.

Wenn Europa sich für die Zukunft rüstet, muß es seiner Jugend die Möglichkeit geben, ihre eigene Zukunft aufzubauen. Deshalb sollten alle Initiativen, die bei den jungen Menschen das Gefühl einer europäischen Identität stärken, ausgebaut werden.

Auch europaweite Sportveranstaltungen sind für den Aufbau Europas von Nutzen.

Für die Sozialdemokraten ist das soziale Europa ein grundlegendes Element für den Aufbau des Europas der Bürger. Die Europäische Sozialcharta ist sein Fundament und sollte als solche von allen Gemeinschaftsstaaten anerkannt werden.

Von ihr ausgehend muß eine gemeinsame Sozialgesetzgebung erarbeitet werden, die die Grundlagen der wirtschaftlichen Demokratie, den sozialen Schutz, die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die berufliche Gleichbehandlung und die Chancengleichheit von Frauen und Männern, die Freizügigkeit und die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und beruflichen Qualifikationen und die Rechte der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen definiert.

Wir Sozialdemokraten unterstützen die wirtschaftliche Demokratie, der im wesentlichen folgende Prinzipien zugrunde liegen: Mitwirkung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter an den Unternehmensentscheidungen; das Recht auf Information, Konsultation und Verhandlung über alle die Arbeitsorganisation und die Arbeitsbedingungen betreffenden Probleme; Beteiligung der Arbeitnehmervertreter (auf regionaler, einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Ebene) an der

Abstimmung über und die Aufstellung von sektoriellen und regionalen Entwicklungsprogrammen.

Die Entwicklung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern im Rahmen der Gemeinschaft muß ein weiteres grundlegendes Element des sozialen Europas sein. Die Sozialpartner müssen Verhandlungen aufnehmen, um die Stellung der multinationalen Unternehmen zu regeln, Mindeststandards für die verschiedenen Berufsgruppen festzulegen, Fälle von unlauterem Wettbewerb zu vermeiden und zu einer solidari-schen Verhandlungslösung kommen.

Alle europäischen Bürger haben Anspruch auf ein ordentlich funktionierendes System der sozialen Sicherheit. In Übereinstimmung mit der Einheitlichen Europäischen Akte treten wir für die Verbesserung des Niveaus der sozialen Sicherheit in allen Ländern der EG ein, die im Sinne des sozialen Fortschritts auch durch eine Angleichung nach oben angestrebt werden muß.

Wir betonen die Dringlichkeit, in Richtung dieses sozialen Zieles voranzukommen, denn gerade hier ist der Einigungsprozess am wenigsten weit fortgeschritten. Wenn man vom künftigen Wohlstand spricht, muß auch berücksichtigt werden, daß die Früchte des Wachstums gerecht verteilt werden müssen. Daher bekräftigen wir erneut, daß wir für die Erhaltung und die Stärkung des Sozialstaats eintreten.

Die soziale Gleichstellung und die Nichtdiskriminierung der Frau müssen feste Bestandteile des sozialen Europas sein, für das wir arbeiten.

Die Schaffung eines freien Binnenmarktes wird sich für die Frauen nicht unbedingt positiv auswirken. Damit auch die Frauen die Freizügigkeit in der Gemeinschaft nutzen können, muß ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet sein. In allen Ländern der Gemeinschaft sollte man ein ver-

nünftiges Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, Familienbeihilfen usw. vorfinden.

Das soziale Europa, für das wir kämpfen, muß sowohl für Männer als auch für Frauen sozial sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir

- die Umsetzung der bestehenden Richtlinien über die Gleichberechtigung der Frau;
- Fortschritte bei den Richtlinienentwürfen über Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeit, Elternurlaub usw;
- verbesserte Berufsausbildung und die Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben;
- eine Richtlinie zur aktiven Frauenförderung;
- eine Verbesserung der Lage der Frauen ausländischer Arbeitnehmer;
- den Kampf gegen sexuelle Belästigung und Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen;
- gleiche Vertretung von Männern und Frauen in allen Parlamenten, Regierungen und Institutionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sowie in den Entscheidungsgremien der Parteien.

Alle europäischen Bürger mit Wohnsitz in der Gemeinschaft sollen bei Europawahlen das Wahlrecht haben. Ausländische Arbeitnehmer, die eine gewisse Zeit in einem Land leben, sollen das Recht haben, in Städten und Gemeinden am politischen Leben teilzunehmen.

Wir Sozialdemokraten kämpfen auch weiterhin gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die eine faschistische und rückschrittliche Bedrohung unserer Demokratien sind. Europa muß ein Ort des politischen Asyls, der Toleranz und der Freiheit bleiben.

In Übereinstimmung mit der Feierlichen Erklärung der drei Gemeinschaftsinstitutionen vom 11. Juni 1986 appellieren

wir an alle Bürger Europas, jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung von Nicht-Gemeinschaftsbürgern, die in unseren Mitgliedstaaten wohnen, zurückzuweisen.

Wir glauben nicht, daß systematische Deregulierung und Sozialabbau uns weiterbringen. Sie können nur zu einer noch grösseren Ungleichheit und neuen Formen der Armut führen, die Gegensätze in unseren Gesellschaften verstärken und den sozialen Zusammenhalt zerstören.

Der Aufbau eines Europas ohne Grenzen erfordert eine aktive Politik der Solidarität und der sozialen Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen.

Wir wollen ein bewohnbares Europa,

in dem wirtschaftliche Entwicklung und Schutz der Natur miteinander in Einklang gebracht werden. Das Ausmaß der jüngsten Umweltkatastrophen und die fortgesetzte Umweltverschlechterung haben deutlich gemacht, daß der EG auf diesem Gebiet eine entscheidende Rolle zukommt.

Die Verwirklichung des Binnenmarktes eröffnet die Möglichkeit, in allen Ländern der Gemeinschaft die höchstmöglichen Standards zum Schutz der Umwelt sowie der Gesundheit und Sicherheit aller Bürger einzuführen und umzusetzen.

Trotz der Tatsache, daß eine große Zahl von Abkommen zum Schutz der Natur geschlossen worden sind, verschärfen sich die Probleme weiter, weil die Schadstoffemissionen zunehmen, aber auch weil diese Abkommen nicht wirksam genug sind. Es fehlen verbindliche Abkommen. Die Verschmutzung hält nicht an den nationalen Grenzen an, deswegen kann eine nationale Umweltschutzpolitik auch nicht allein mit dem ganzen Ausmaß des Problems fertigwerden. Dies erfordert eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur auf Gemeinschaftsebene, sondern auch zwischen der Gemeinschaft und der EFTA und natürlich auch zwischen West- und Osteuropa.

Dazu gehören solch wichtige Fragen wie:

- die Klimaveränderung: Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt, der durch Kohlendioxid und andere Stoffe hervorgerufen wird, die die Temperatur der Erdatmosphäre ansteigen lassen;
- der Schutz der Ozonschicht: die FCKW-Emissionen in die Erdatmosphäre müssen drastisch verringert werden, damit sich die Ozonschicht über der Antarktis erneuert;
- die Erstellung eines wissenschaftlichen Programms zur besseren Erforschung der Ozonschicht in der Stratosphäre;
- die Luftverschmutzung: Verringerung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen aus Großfeuerungsanlagen und der Abgase aus PKW und LKW und verstärkte Einführung von bleifreiem Benzin;
- die Erhaltung der biologischen Ressourcen der Weltmeere;
- der Gewässerschutz und Maßnahmen zur Minimierung der Schäden an der Meeresumwelt und der Verschmutzung durch Einleiten von Abfällen ins Meer, besonders von Giftmüll aller Art vom Lande aus, u.a. durch einen kontrollierten und begrenzten Einsatz von Düngemitteln;
- Umweltkatastrophen: Aufstellung gemeinsamer Sicherheitsvorschriften und Einrichtung eines Frühwarnsystems;
- Forschung und Entwicklung: Förderung von umweltverträglichen Technologien, die weitere Verschmutzungen verhüten und einer Politik zur Förderung der Wiederverwendung oder des Recycling von Abfällen;
- Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhütung der Gefahren der Versteppung vieler Regionen Europas durch Erosion und Waldbrände;
- die Verhinderung radioaktiver Emissionen und die Annahme allgemein anerkannter Standards für die Entsorgung nuklearer Abfälle.

Die Umweltprobleme in den Ländern Osteuropas haben zugenommen, aber auch das Bewußtsein von der Dringlichkeit einer dauerhaften Lösung. Deshalb ist technologische Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und den Ländern Osteuropas erforderlich und muß ausgebaut werden.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes müssen neue Formen der Zusammenarbeit, die ein Projekt in großem Maßstab betreffen und wie im Falle von EUREKA viele Länder umfassen, entwickelt werden. Dabei müssen diejenigen EUREKA-Projekte unterstützt werden, die sich mit der Entwicklung sauberer Technologie und mit Methoden zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung befassen. So könnten die Beteiligung der EG-Länder wie auch der EFTA-Länder an Projekten sichergestellt und spezifische Umweltprobleme effizienter gelöst werden.

Aus diesen Gründen schlagen wir zur Unterstützung der nationalen, regionalen und lokalen Anstrengungen ein europäisches Investitionsprogramm für den Umweltschutz vor, das die Hauptprobleme Mittel- und Nordeuropas (Saurer Regen, Waldsterben, Nordseever Verschmutzung) ebenso behandelt wie die spezifischen Probleme der südlichen Länder (Erosion, Gefahr der Versteppung, Verschmutzung des Mittelmeeres).

Dieses Programm macht die Fortsetzung der Politik des Energiesparens und die gezielte Förderung von umweltverträglichen Energiequellen erforderlich.

Wir schlagen die Schaffung einer unabhängigen Gemeinschaftsagentur zur Umweltüberwachung vor.

Wir wollen ein demokratisches Europa

mit Institutionen, die in Übereinstimmung mit den grundlegenden Werten der parlamentarischen Demokratie stehen.

Wir Sozialisten sind der Auffassung, daß man auf dem Weg zur Europäischen Union, so wie sie in der Einheitlichen Akte definiert ist, nur vorankommt, wenn die europäischen Bürger und ihre gewählten Vertreter an den Entscheidungsprozessen mitwirken.

Die Verwirklichung der Einheitlichen Akte ebnet den Weg für ein demokratischeres und effizienteres Funktionieren der Institutionen.

Nach der Beilegung der Finanz- und Haushaltsstreitigkeiten können wir unsere Anstrengungen auf die wirklichen Prioritäten richten.

Die rasche Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Weltlage zeigt uns, wie notwendig es ist, die Gemeinschaft zu stärken.

Dies muß die Aufgabe aller und eines jedes einzelnen Mitgliedstaates sein.

Um die Ziele, die wir uns für 1992 gesetzt haben zu erreichen, sind mit Sicherheit noch größere Veränderungen innerhalb der EG erforderlich.

Die Schaffung des Binnenmarktes stellt eine tiefgreifende Umstrukturierung der wirtschaftlichen Macht dar. Daher ist es notwendig, die demokratischen Kontrollmechanismen zu stärken, um sicherzustellen, daß die Interessengruppen nicht übermäßig viel Macht auf Kosten der Bürger und ihrer gewählten Vertreter anhäufen. Absolut vorrangig ist, den rechtlichen Rahmen und die Institutionen so zu ergänzen, daß die Gemeinschaftsbehörde das Allgemeininteresse verteidigen kann.

Mit dem Näherkommen des Zieles 1992 haben Ausmaß und Tempo der Entscheidungen in der EG zugenommen und die vorhandenen Mängel in den demokratischen Verfahren der Gemeinschaft deutlich gemacht. Diese Mängel liegen sowohl bei den einzelnen Institutionen der EG und ihren Beziehungen untereinander als auch auf nationaler Ebene.

Bedauerlicherweise wurde der Verlust an Kontrolle der einzelstaatlichen Parlamente nicht durch eine Erhöhung der Verantwortlichkeiten des Europäischen Parlaments ausgeglichen. Demokratischer Prüfstein der Gemeinschaft ist die Achtung der parlamentarischen Demokratie, die als System die Geltung des Gesetzes und der Bürgerrechte auf die sicherste Weise garantiert.

Wir Sozialdemokraten treten für eine effiziente Arbeitsweise der europäischen Institutionen ein. Die Demokratisierung der Gemeinschaft wird eine Fortentwicklung der Institutionen und ein besseres Gleichgewicht zwischen ihnen erfordern. Kein Bereich der EG-Politik darf von der parlamentarischen Kontrolle ausgenommen sein. Das Europäische Parlament muß bei der Kontrolle der Entscheidungen und im Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft eine Schlüsselrolle spielen.

Wir bekräftigen daher, daß die in der Einheitlichen Akte vorgesehenen Veränderungen sowie die Realisierung des Zieles 1992 Fortschritte auf der institutionellen Ebene der Gemeinschaft notwendig machen.

Vorrangige Aufgabe des neu gewählten Parlaments wird sein, die Grundlage der Reformen vorzubereiten. Das Parlament hat die Einheitliche Akte ermöglicht mit dem Entwurf eines Vertrages zur Politischen Union von 1984; jetzt hat es die Pflicht und Verantwortung, den demokratischen Grundstein für die nächste Stufe zu legen.

Die politische Wirklichkeit der europäischen Institutionen geht von einer zweifachen demokratischen Legitimation aus: der nationalen, die sich im Rat darstellt, und der gemeinschaftlichen in Gestalt des Parlaments und der Kommission.

Das Fortschreiten im Prozess der Europäischen Union muß von der Anerkennung dieser zweifachen Legitimation ausgehen. Daher ist die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der Mitgliedstaaten unbedingt notwendig.

Ebenso ist die Unterstützung der politischen und sozialen Kräfte wie auch der Bürger im allgemeinen von grundlegender Bedeutung. Daher begrüßen wir die verschiedenen öffentlichen Initiativen, Veranstaltungen und Konsultationen zugunsten der Europäischen Union. Das wichtigste Ereignis in diesem Zusammenhang ist die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1989.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für die Arbeit des nächsten Parlaments folgende grundlegende institutionelle Ziele:

- Stärkung der Macht und der demokratischen Legitimation der Kommission als Kollegium durch eine Investitur durch das Europäische Parlament.

- Schrittweise Einführung eines Beteiligungs-Systems, in dem Parlament und Ministerrat tatsächlich gemeinsam Entscheidungen in allen Bereichen der Gemeinschaftsgesetzgebung treffen; dazu sollte das durch die Einheitliche Akte begründete Verfahren der Zusammenarbeit, das z.Zt. jedoch nur für den Themenbereich „Errichtung des Binnenmarktes“ gilt, ausgeweitet werden.

Die Ausweitung des Verfahrens der Zusammenarbeit sollte Hand in Hand gehen mit der Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat.

- Mitwirkung des Parlaments an Entscheidungen über Einnahmen des Gemeinschaftshaushalts als grundlegendes Element politischer Verantwortung. Die Beitragsleistung an die Gemeinschaft muß durch Einführung des Kriteriums der Progression in Übereinstimmung mit der Beitragskapazität der Staaten und der Bürger erfolgen. So können Gerechtigkeit und Zusammenhalt verwirklicht werden.
- Für uns Sozialdemokraten ist die Achtung der interinstitutionellen Vereinbarung vom Juni 1988 über „Haushaltsdisziplin und Verbesserung des Haushaltsverfahrens“ ein wesentlicher Faktor für die effiziente Verwendung der Gemeinschaftsmittel.
- Institutionalisierung der Garantie und des Schutzes der Bürgerrechte im Rahmen der Gemeinschaftsgesetzgebung.

(*) Die britische Labour-Party ist mit diesen Artikeln nicht einverstanden.

Europa hat eine aktive Rolle in der Welt zu spielen

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß das vereinte Europa zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Entwicklung **eine aktive Rolle in der Welt spielen muß.**

Die Bedeutung Westeuropas in der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik muß wachsen. Hierzu ist eine noch wirksamere Zusammenarbeit erforderlich. Die Europäische Gemeinschaft muß sich in den großen Fragen der internationalen Politik für Frieden, Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte und eine bessere Entwicklungspolitik einsetzen.

Dies erfordert, daß Westeuropa durch stärkere Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik als einem Teil der Außenpolitik allmählich eine eigene Verantwortung entwickelt. Das Ziel besteht nicht darin, eine neue militärische Supermacht zu schaffen, sondern darin, durch politisches Handeln, diplomatische Initiativen und wirtschaftliche sowie umweltpolitische Zusammenarbeit zur Verringerung von Spannungen und zur Schaffung von Räumen mit mehr Freiheit, mehr Demokratie und mehr Selbstbestimmung in der Welt beizutragen.

Zu diesem Zweck sollte die Gemeinschaft eine konkretere und aktivere Rolle bei der Beilegung von regionalen Konflikten, die Mitgliedsländer oder assoziierte Länder der Gemeinschaft betreffen, spielen und sich z.B. im Falle Zyperns für den Abzug der ausländischen Besatzungstruppen und die Achtung seiner Integrität und Unabhängigkeit einsetzen.

Wir sind uns der Bedeutung der Debatte über die WEU bewußt. Ihre Revitalisierung und Erweiterung um zwei Gemeinschaftsländer ist zu begrüßen. Die WEU ersetzt jedoch nicht die Zusammenarbeit in einigen Aspekten der Sicherheitspolitik im Rahmen der EPZ, wie dies in Artikel 30.5 der Einheitlichen Akte vorgesehen ist.

Wir sind der Meinung, daß die WEU neuen Mitgliedern offenstehen muß.

Die Stärkung der Rolle Europas in Fragen der Sicherheit und der Abrüstung muß für eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West genutzt werden.

In dieser Debatte muß die besondere Lage Irlands berücksichtigt und sein neutraler Status voll respektiert werden, wie dies in der Einheitlichen Akte seinen Widerhall findet.

In Europa muß der Abbau der Gegensätze und der Rüstungen Hand in Hand gehen mit dem Aufbau von Vertrauen und Zusammenarbeit. Die Gemeinschaft ist der Kern der friedlichen und freien Union der demokratischen Staaten Westeuropas.

Wir streben auch weiterhin die Schaffung einer europäischen Friedensordnung an, die das Ziel der Schlußakte von Helsinki ist. Ihre Umsetzung kann den KSZE-Prozeß zu einem positiven Abschluß bringen.

Wir fordern die Einrichtung eines unabhängigen und unparteiischen Instituts für europäische Sicherheit, das zur Erar-

beitung politischer Analysen und zum Informationsaustausch beitragen sollte.

In bezug auf unsere Nachbarländer der EFTA begrüßen wir die Fortschritte in Richtung auf eine „Europäische Wirtschaftszone“, durch die sie bei Inkrafttreten des Binnenmarktes Ende 1992 in ausgewogener Weise mit der Gemeinschaft verbunden sein werden.

Wir werden jedem Beitrittsge- such, das in den nächsten Jahren aus den Reihen unserer Partner aus der EFTA an die Gemeinschaft herangetragen würde, positiv gegenüberstehen.

Die engere Zusammenarbeit zwischen der EG und der EFTA muß in neuen Formen erfolgen, die über Freihandelsabkommen hinausgehen. Dazu gehören auch gemeinsame Anstrengungen für ein soziales Europa und die Lösung der wichtigen Umweltprobleme. Diese Beziehungen müssen unter Beachtung nationaler Sensibilitäten gestärkt werden, um die Vorteile der wirtschaftlichen, industriellen und politischen Zusammenarbeit auszuschöpfen und die damit verbundenen Lasten gemeinsam zu tragen.

Als Sozialdemokraten und Sozialisten können wir die Teilung Europas nicht als unabänderliche Tatsache hinnehmen. Wir wollen die Barrieren, die die Völker Europas trennen, überwinden. Das wirksamste Mittel hierzu ist die Förderung der Zusammenarbeit und die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen mit allen Staaten und Völkern Osteuropas.

Die Aufnahme von Beziehungen zwischen der EG und dem RGW ist ein historischer Schritt, der allen Nutzen bringt. Das Wachstumspotential der RGW-Länder ist bedeutend, sofern sie dazu fähig sind, den angekündigten Prozeß tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Reformen voranzutreiben. Der Erfolg dieser Reformen liegt im Interesse aller.

In diesem Zusammenhang hat die praktische Umsetzung aller Elemente der Schlussakte von Helsinki grundlegende Bedeutung. Jede Verbesserung im Hinblick auf die innere Demokratie und die Achtung der Menschenrechte in Osteuropa wird zu einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen innerhalb Europas führen. Dies gilt sowohl für die Regierungen als auch für den Dialog mit allen politischen Kräften der Länder Osteuropas, die für politische und wirtschaftliche Reformen im Sinne von mehr Demokratie und Pluralismus eintreten.

Das System der nuklearen Abschreckung ist heute ein Element im militärischen Sicherheitssystem Europas. Unser langfristiges Ziel bleibt aber die Überwindung des Systems der gegenseitigen Abschreckung durch Abrüstung und Verringerung der Gegensätze im Rahmen einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.

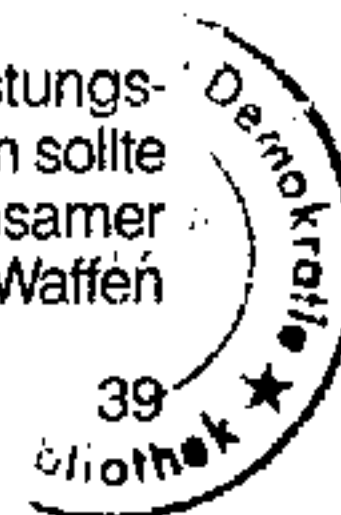
Solange es Nuklearwaffen gibt, dürfen sie nur Instrumente der Abschreckung, nie der Kriegsführung sein. Wir haben uns daher dem Ziel verpflichtet, den Umfang und die Bedeutung dieser Komponente zu reduzieren. Insbesondere wünschen wir, daß eine Situation herbeigeführt wird, in der die konventionelle Stabilität beide Bündnisse in die Lage versetzt, alle nicht strategischen Nuklearwaffen abzuschaffen.

Wir unterstützen nachdrücklich die atomare Mittelstreckenraketenvereinbarung (INF), die die Beseitigung landgestützter Mittelstreckenraketen kurzer und langer Reichweite vorsieht. Durch diese Vereinbarung wird die kontinentale atomare Bedrohung in Europa und Asien verringert. Ebenso verringert sich dadurch die Gefahr der konkreten atomaren Einschüchterung von Staaten, die keine Atomwaffen besitzen. Dieses Abkommen ist ein Beweis dafür, daß atomare Abrüstung möglich ist. Es schafft den Präzedenzfall einer wirksamen Verifizierung einschließlich des Grundsatzes einer Vor-Ort-Inspektion und eines asymmetrischen Truppenabbaus.

Der echte Nutzen der INF-Vereinbarung hängt davon ab, ob es gelingt, weitere ergänzende Vereinbarungen zu erzielen, die das Entstehen einer von Stabilität getragenen Struktur ermöglichen, und Kompensationsmaßnahmen zu verhindern, die den Rüstungswettlauf in andere, möglicherweise gefährlichere Richtungen lenken würden. Daher sind wir gegen Maßnahmen wie z.B. auch die sogenannte „Modernisierung“, die nichts anderes wäre als eine Kompensation für die Beseitigung von Mittelstreckenraketen oder eine Umgehung des INF-Vertrags. Heute ist die Zeit für Verhandlungen, nicht für eine Modernisierung.

Wir plädieren nachdrücklich für den Abschluß einer START-Vereinbarung (Gespräche über strategische Abrüstung), die eine 50%ige Reduzierung der strategischen Atomwaffen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vorsieht. Neben ihrer entscheidenden Bedeutung für die Zukunft der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die Einstellung und Umkehr des atomaren Wettrüstens würde eine solche Vereinbarung auch bewirken es de facto zu neutralisieren, indem die interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBM), die U-Boot-gestützten ballistischen Raketen (SLBM) sowie die seegestützten Marschflugkörper (SLCM) auf Ziele in Europa gerichtet werden. Wir sind ferner der Auffassung, daß in Verbindung mit einem 50%igen Abbau der strategischen Waffen auch Beschränkungen von atomar bestückten seegestützten Marschflugkörpern erlassen werden sollten. Solche Beschränkungen sind von genereller Bedeutung, um eine weitere Verlagerung des atomaren Wettrüstens zu verhindern und vor allem Europa als ganzes und insbesondere seine Flanken vor der drohenden Gefahr landgerichteter atomarer seegestützter Marschflugkörper zu schützen.

Wir sind absolut gegen eine Ausdehnung des Rüstungswettlaufs von der Erde in den Weltraum. Der Weltraum sollte weiterhin als ein der gesamten Menschheit gemeinsamer Raum erhalten bleiben. Jegliche Stationierung von Waffen



im Weltraum sollte verboten werden. Die militärische Nutzung des Alls sollte auf Observierung, Navigation und Nachrichtenübermittlung beschränkt bleiben. Dementsprechend sind wir gegen Tests und Stationierungen von Raketenabwehrsystemen im Weltraum. Wir sind gegen die Entwicklung und Stationierung von weltraum- und nichtweltraumgestützten strategischen Raketenabwehrsystemen. Wir bestehen also auf der strikten Einhaltung der Bestimmungen des ABM-Vertrags gemäß ihrer Auslegung anlässlich der Ratifizierung des Vertrags durch den US-Senat. Unseres Erachtens sollte die offensive Bedrohung, die von ballistischen Raketen ausgeht, durch Vereinbarungen über den beiderseitigen Abbau und nicht durch einseitige trügerische Schutzmaßnahmen, die zu einer weiteren unkontrollierten Stationierung von Offensivsystemen führen würden, verringert werden.

Diesbezügliche Fortschritte werden sich als hilfreich bei den Bemühungen um Abschluß eines Vertrags über ein umfassendes Atomtestverbot (CTBT) erweisen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Fortschritte im Hinblick auf Zusatzvereinbarungen, die die Ratifizierung des Vertrags über das teilweise Verbot von Atomtests (TTBT) erleichtern werden. Ein Vertrag über ein Atomtestverbot wäre ein wirksames Mittel, um den Prozeß der atomaren Modernisierung zu bremsen und einen allseitigen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag (NPT) zu erzielen.

In den kommenden Jahren werden die Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa von äußerster Wichtigkeit für den Frieden auf unserem Kontinent sein. Ziel solcher Verhandlungen sollte eine konventionelle Stabilität auf möglichst niedrigem Streitkräfteniveau sein. Die Verhandlungen sollten sich mit den konventionellen Streitkräften der beiden Bündnisse in Gesamteuropa befassen. Die 23 Nationen, die die beiden Bündnisse ausmachen, sollten ihre Verhandlungen im Rahmen der 35 Nationen umfassenden KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) füh-

ren. Hauptziel der Verhandlungen sollte die Förderung der Stabilität sein. Dies sollte erreicht werden durch asymmetrischen Abbau mit dem Ziel, gemeinsame Obergrenzen festzulegen, die erheblich unter der derzeitigen Truppenstärke liegen. Dieses Ziel sollte ferner vorzugsweise durch Abbau und Rückzug besonders offensiver Kapazitäten erreicht werden. Doppelt und dreifach verwendbare Systeme sollten aufgrund ihrer Fähigkeit atomare oder chemische Munition einzusetzen, nicht aus den Verhandlungen ausgeklammert werden. Eine erste Vereinbarung über konventionelle Abrüstung sollte eine Verringerung der Kapazitäten für Überraschungsangriffe, längere Offensiven und Gebietsbesetzungen beinhalten.

Sie sollte flankiert werden durch eine zweite Generation von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (CSBM) im Rahmen des KSZE-Prozesses, die eine verstärkte Transparenz und Berechenbarkeit im Hinblick auf die militärischen Konstellationen in Europa bewirken sollen.

Wir sind der Ansicht, daß die Verhandlungen im Einklang mit einem Gesamtkonzept, das die Wechselbeziehungen zwischen den konventionellen und atomaren Teilen unserer Streitkräfteplanungs- und -verhandlungsstrategie einbezieht, über taktische Atomwaffen mit einer Reichweite unter 500 km sowie konventionelle Streitkräfte in einer Weise geführt werden sollten, die jederzeit zur Stabilität in Europa beiträgt. Zur Förderung der Stabilität und zur Ergänzung und Verstärkung einer Vereinbarung über konventionelle Stabilität sollte unseres Erachtens das Hauptaugenmerk auf den Abbau und den Rückzug atomarer Gefechtsfeldwaffen gelegt werden. Ihre kurze Reichweite, begrenzte Zahl von Munitionsdepots und Kriegsphilosophie tragen im Krisenfall zu einer gefährlichen Instabilität bei. Wir unterstützen die Vorstellung von Korridoren, die frei von Atomwaffen und von besonders offensiver konventioneller Rüstung sind, als vertrauensbildende Maßnahme und Bestandteil eines Stabilitätskonzeptes in Europa. Nuklearwaffenfreie Teilregionen in Eu-

ropa können zur Stabilität und Sicherheit in Gesamteuropa beitragen.

Die militärischen Ziele, Strategien oder Doktrinen beider Bündnisse müssen so gestaltet sein, daß sie einen Angriff verhindern und zur Wahrung der Stabilität beitragen.

Besondere Beachtung finden sollten Stärke, Struktur, Stationierung und Aufstellung der Streitkräfte in Friedenszeiten, um ein zusammenhängendes Gesamtkonzept für Sicherheit und Rüstungskontrolle zu bewahren. Bei der Ausarbeitung einer glaubwürdigen Militärstrategie für eine Zeit intensiver Verhandlungen sollten die folgenden Grundsätze von beiden Bündnissen beachtet werden:

- Sie sollten sich auf Dislozierungen und Konstellationen konzentrieren, offensive Aktionen ermöglichen und deren Offensivgefahren im Rahmen des Möglichen reduzieren.
- Sie sollten durch eine Abkehr von atomarer Artillerie mit ihren Gefahren des Erstschlags und des frühen Einsatzes in einer Krise oder in Anfangsphasen eines Krieges die atomaren Gefechtsfeldwaffen verringern.

Wir drängen auf den Abschluß eines Vertrages über die weltweite Ächtung und Vernichtung von Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle. Falls es nicht bald zu einer derartigen Vereinbarung kommt, wird der Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone in ganz Europa an Bedeutung gewinnen.

Wir glauben, daß eine vertraglich abgesicherte Reduzierung der Rüstungshaushalte für alle von Vorteil wäre. Die dadurch freigewordenen Mittel könnten zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd und zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse verwandt werden.

Die europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten sind der Ansicht, daß die Herausforderung der Zukunft globaler Natur ist. Die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten

Welt muß daher orientiert sein an den Grundsätzen Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Entwicklung.

Wir treten für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein. Wir sind der Ansicht, daß die Reform und Stärkung des GATT-Systems eine Verbesserung des Marktes ist. Die jetzige „Uruguay-Runde“ muß den Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu den Märkten der Industrieländer verschaffen. Außerdem sollte in die GATT-Regeln eine neue „Sozialklausel“ mit dem Ziel der Respektierung der ILO-Mindestarbeitsbedingungen überall in der Welt eingefügt werden. Wir sprechen uns für einen strengeren internationalen Verhaltenskodex für multinationale Gesellschaften, insbesondere für ihre Aktivitäten in den Entwicklungsländern, aus.

Wir halten es deshalb für wesentlich, daß die Gemeinschaft im Stande ist, ihre Entwicklungshilfepolitik kohärent als Grunddimension ihrer gemeinsamen Außenpolitik zu definieren.

Gemäß ihrer eigenen Erfahrung muß sie alle Prozesse regionaler Zusammenarbeit und Integration unterstützen. In dieser Hinsicht ist es sehr wichtig, die europäische Politik der Zusammenarbeit im Hinblick auf den Binnenmarkt von 1992 neu zu konzipieren.

Dies erfordert die Lancierung eines Finanzhilfe-Sofortprogramms zugunsten der Dritten Welt, das von allen entwickelten Ländern in Form von Hilfsprogrammen zu finanzieren wäre, die entsprechend den UN-Resolutionen bis zu 0,7% ihres BSP ausmachen sollten, und dem eine mit den Privatbanken koordinierte Strategie zur Lösung des Schuldenproblems der Dritten Welt zugrunde liegen sollte. Die wichtigsten Leitgedanken wären dabei: Schuldenerlass für die ärmsten Länder, umfassende Umschuldungsverhandlungen, Verlängerung der Laufzeiten und Senkung der Zinssätze.

Das Lomé-Abkommen ist als vertragliche Vereinbarung mit mehrjähriger Laufzeit ein Symbol für die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft. Wir glauben, daß es bei seiner Neuverhandlung gelingen wird, die Handelsströme zu stabilisieren, die Hilfe für Langzeitprogramme im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung zu verstärken und einen Rahmen für regionale Zusammenarbeit zu schaffen.

Die EG muß auch anderen Ländern den Beitritt zum Lomé-Abkommen ermöglichen.

Wir dürfen nicht nachlassen, das System der Apartheid zu verurteilen und denen zu helfen, die für seine Abschaffung kämpfen. Die Politik der Sanktionen muß verstärkt werden, um das rassistische südafrikanische Regime zur Änderung seiner verabscheuungswürdigen Prinzipien zu zwingen. Gleichzeitig müssen wir die aktive Unterstützung für die Frontstaaten und die Mitgliedsländer des SADCC (Southern Africa Development Coordination Conference) sowie für den Unabhängigkeitsprozeß Namibias fortsetzen).

Die Erweiterung der Gemeinschaft hat neue Perspektiven in bezug auf zwei wichtige Regionen eröffnet: den Mittelmeerraum und Lateinamerika.

— Die Gemeinschaft ist heute die wichtigste Macht im Mittelmeerraum. Sie muß ihrer Verantwortung nachkommen und daher vor allem eine gemeinsame Friedenspolitik für den Nahen Osten betreiben, die vom Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und vom Recht aller Staaten der Region, einschließlich Israel, ausgeht, in gesicherten Grenzen zu leben. Die Anerkennung Israels und die Ablehnung des Terrorismus, die der Nationalrat der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes auf seiner Tagung von Algier ausgesprochen hat und seine an die israelische Regierung gerichtete Aufforderung zum Dialog mit den Palästinensern zeigen, ebenso wie die Aufnahme eines direkten Dialogs zwischen der

PLO und den Vereinigten Staaten, daß die Voraussetzungen für die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO Gestalt annehmen.

- Einstweilen unterstützen wir den Vorschlag, die besetzten Gebiete internationaler Kontrolle zu unterstellen.
- Die EG muß sich aktiv für eine positive Weiterentwicklung der Situation einsetzen, gleichzeitig ihre humanitäre Hilfe für die Bevölkerung der besetzten Gebiete verstärken und alle Initiativen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region unterstützen.
- Es ist besonders wichtig, daß die Länder Nordafrikas trotz der schnellen Bevölkerungszunahme ihr Wirtschaftswachstum erhöhen und ihre soziale Entwicklung beschleunigen können.

Aus diesem Grund unterstützen wir den begonnenen regionalen Integrationsprozeß und befürworten den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EG und den Ländern des Mittelmeerraums.

- In Lateinamerika unterstützen wir den begonnenen regionalen Integrationsprozeß.

Europa muß sich stärker für den Friedensprozeß in Zentralamerika engagieren und den politischen Dialog und die Festigung der Demokratie aktiv unterstützen.

Die EG sollte in bezug auf die gegenwärtig im Handel mit den lateinamerikanischen Ländern bestehenden Beschränkungen eine offenere Politik betreiben. Dieser Subkontinent hat historische Verbindungen zu der Zwölfer-Gemeinschaft. Daher treten wir für den Abschluß von Präferenzabkommen ein, damit der Handelsaustausch zunimmt und so ein wichtiger Mechanismus im Hinblick auf die Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise in Gang kommt. Auch auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik müssen die Beziehungen intensiviert werden.

Die Hälfte der Menschheit lebt in den Entwicklungsländern Asiens, in denen zum Teil allergrößte Armut herrscht. Einer der Schwerpunkte der Gemeinschaft muß daher die Hilfe zugunsten der Länder Südasiens besonders im Bereich der ländlichen Entwicklung sein. Ebenso muß der Ausbau des Handels zwischen den jeweiligen Regionen gefördert werden. Auch die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und China gilt es zu entwickeln.

Wir befürworten auch eine Verstärkung der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den anderen demokratischen Industrieländern im Rahmen der OECD. Die Gemeinschaft sollte die Initiative für eine stärkere Koordinierung der makroökonomischen Politik ergreifen, um eine Wiederholung der Rezession der frühen 80er Jahre zu vermeiden und für die Zukunft stetiges Wirtschaftswachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau zu sichern.

Wir wollen, daß der Welthandel nach den Regeln des GATT verläuft.

Die Gemeinschaft muß protektionistische Tendenzen bekämpfen und aus diesem Grunde auch einseitige Maßnahmen wie das „Omnibus“-Handelsgesetz der Vereinigten Staaten oder die anhaltende Politik Japans der Beschränkung des Zugangs zu seinem Binnenmarkt ablehnen.

Die Errichtung des Binnenmarktes ist eine Tatsache, die bei unseren wichtigsten Partnern Hoffnung, aber auch Sorge weckt. Europa hat mit der Entscheidung über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) den ersten Schritt getan, um seinen Willen zur Öffnung unter Beweis zu stellen. Wir Sozialdemokraten glauben, daß wir diesen Weg weitergehen müssen, wenn wir eine stabile Weltwirtschaftsordnung erreichen wollen.

Ein vereintes Europa wird in politischer, finanzieller und handelspolitischer Hinsicht weltweit ausgleichend wirken und

die Gestaltung einer gerechteren und demokratischeren Ordnung aktiver mitbestimmen.

Die Europäische Gemeinschaft ist aus einer langen finanziellen und institutionellen Krise gestärkt hervorgegangen. An der Schwelle der 90er Jahre muß sie sich auf noch größere politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen einstellen, die mit Blick auf die Schaffung der Europäischen Union unserer Staaten und Bürger aufgenommen werden müssen.

Das Tempo in Richtung auf die politische Einigung muß beibehalten und verstärkt werden. Wir Sozialdemokraten sind der Idee des Europas der Bürger verpflichtet und daher bereit, eine wesentliche Rolle in dieser neuen und mitreißenden Phase der Entstehung der Europäischen Union zu spielen.

VORBEHALTE GEGEN DAS PROGRAMM FÜR 1989

Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks stimmt dem Konzept des Manifestes in den wesentlichen Punkten voll und ganz zu. Eine gestiegene Zahl sozialdemokratischer und sozialistischer Mitglieder des Europäischen Parlaments bei den Juni-Wahlen wird dafür Sorge tragen, daß sich die Europäische Gemeinschaft verstärkt für Frieden, internationale Zusammenarbeit, Vollbeschäftigung, schärfere Umweltvorschriften und soziale Gerechtigkeit für alle Bürger in den Mitgliedstaaten einsetzt. Die Partei sieht sich jedoch in Anbetracht einiger föderalistischer Vorschläge und der ausdrücklichen Forderung nach sozialer und steuerlicher Harmonisierung gezwungen, allgemeine Vorbehalte gegen das Manifest zu äußern.

Die dänischen Sozialdemokraten wollen sich mit ganzer Kraft für ein besseres und gerechteres Europa einsetzen.

**Wir wollen ein geeintes
Europa. Wir wollen ein
Europa, das solidarisch,
demokratisch und
weltoffen ist und in dem
es sich zu leben lohnt**



Herausgeber: Mauro Gialombardo
Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft
Rue Belliard, 89 - B-1000 Brüssel
Impression: editpress, Luxembourg s.à r.l.